

# OFFENe HEIDe

Kontaktadressen und

Mitfahrbörse: Christel Spenn, Hugenottenstraße 3, 39124 Magdeburg, ☎ 03 91 / 2 58 98 65  
Gisela Mühlisch, Ziegelhütte 5a, 39340 Haldensleben, ☎ / Fax 0 39 04 / 4 05 70  
Joachim Spaeth, ☎ 01 60 / 3 67 18 96

Spendenkonto: G. Mühlisch, H. Adolf, Kto. 302839902, BLZ 86010090, Postbank Leipzig, Stichwort: OFFENe HEIDe  
E-Mail: info@offeneheide.de Internet: <http://www.offeneheide.de>

Abs.: Christel Spenn, Hugenottenstraße 3, 39124 Magdeburg

Magdeburg, 22.05.2012

*Dem spielenden Kind glückt,  
Was dem Weisen misslingt.*

*Friedrich von Schiller*

Liebe Freundinnen und Freunde der Colbitz-Letzlinger Heide,

am **Sonntag**, den **03. Juni 2012** um **14 Uhr** treffen wir uns zum

**227. Friedensweg in Wolmirstedt** auf der **Schlossdomäne**. Warum gerade in Wolmirstedt und warum auf der Schlossdomäne? Dort steht eine Informationstafel über die Colbitz-Letzlinger Heide. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass touristische Informationstafeln bald in Paxförde, Salchau und Schnöggersburg stehen ohne die schießwütigen Nutzer. Auf der Schlossdomäne waren wir 2001 beim Ostermarsch mit ähnlichem Wetter wie in diesem Jahr. Auf der Schlossdomäne gibt es auch ein Eingang mit einem Schild „Amtsgericht“. Jetzt ist es nur noch die Außenstelle des Amtsgerichtes Haldensleben. Gleich zweimal hat sich hier Justitia mit dem Engagement für eine zivile Colbitz-Letzlinger Heide beschäftigt:

- Am 24. April 1996 ging es gegen die Aktivisten, die sich am 11. August 1994 dem Überfall der Bundeswehr auf die Heide symbolisch in den Weg gestellt haben. Der Tatvorwurf war Nötigung, denn der Oberst Hautow wurde genötigt, das Betreten des Truppenübungsplatzes zu unterlassen. Dem Freispruch vor dem Amtsgericht in Wolmirstedt folgten weitere Verhandlungen vor höheren Instanzen bis die Leute 1998 zu Geldstrafen verurteilt wurden.
- An gleicher Stelle ging es am 01. Dezember 1998 gegen Malte Fröhlich, weil der Rest eines Schützenpanzerwagens entsorgt wurde. Hier war der Tatvorwurf Diebstahl und Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, dabei war dieses Teil so viel Kriegswaffe wie eine Bratpfanne. Die Verhandlung endete mit einem Vergleich.

Doch führt uns der Friedensweg nach Wolmirstedt, weil unterhalb der Schlossdomäne unser Flösschen Ohre entlang fließt. Hier hat sich die Ohre über den Hägebach schon etwas mit Heidewasser angereichert. Wie oft im Juni wollen wir **zum Kindertag auf der Ohre flößen**. Von anderen Beiträgen für die Kinder nicht nur zum Kindertag berichtet die Rückseite.

Zum Abschluss bieten wir noch eine etwa **5 km lange Wanderung**, ein Stück flussab und ein Stück flussauf.

Das **Arbeitstreffen** beginnt am **Mittwoch, 06. Juni 2012** um **19 Uhr** in **Samswegen**, Kommunikationsweg 10 bei Familie Schubert.

Euer *Helmut Adolf*

P.S.: Auf unserer Homepage gibt es eine Erwiderung von Malte Fröhlich auf den Beitrag von Dieter Kerntopf.

Deutschland hat am 5. April 1992 die UN-Kinderrechtskonvention ratifiziert. Diese besagt sinngemäß, dass jedem Kind eine gewaltfreie Erziehung im Sinne von Völkerverständigung und Frieden rechtlich verbürgt ist. Damit gilt sie ohne Einschränkung auch für unsere Kinder.

Welchen Beitrag kann nun die Bundeswehr dazu leisten? Dieselbe Bundeswehr, die seit ihrem Überfall auf die Republik Jugoslawien mit dem Vorwurf konfrontiert ist, das Völkerrecht und unser Strafrecht sowie das Grundgesetz in Form schwerster Verbrechen gebrochen zu haben und anhaltend weiter zu brechen. Dieser Bundeswehr den Zugang zu den Schulen unserer Kinder zu erlauben, würde bedeuten, die Nachwuchsprobleme einer Recht brechenden Armee über das Recht auf eine gewaltfreie Erziehung stellen zu lassen. Damit maßen sich Behörden einen Eingriff in Bildung und Erziehung an der ihnen nicht zusteht und niemals stattfinden darf.

Die Bundeswehr steht bei positiver Deutung für „gewaltsame Konfliktlösung“. Diese Zuschreibung vernachlässigt die unter anderem in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ beschriebenen eindeutig kolonialen Aufgaben der Sicherung von Absatzmärkten und Rohstoffen. Aber selbst unter der positivsten Deutung bleibt die Funktion der Bundeswehr hauptsächlich die der gewalttätigen Konfliktbearbeitung. Unseren Kindern wird also vermittelt, es sei normal, seine Interessen gewaltsam bis hin zum Töten von Menschen durchzusetzen.

Am 24. März 1999 überfällt die Bundeswehr die Republik Jugoslawien. Am 9. November 1999 stürmt ein Jugendlicher das städtische Gymnasium in Meißen und sticht 22-mal auf eine Lehrerin ein. Die Frau verblutet. Der 15-jährige Täter gibt als Grund Hass an und wird zu siebeneinhalb Jahren Jugendhaft verurteilt. Weitere Massaker an Schulen folgen: Brannenberg 2000, Erfurt 2002, Waiblingen 2002, Coburg 2003, Emsdetten 2006 und Winnenden 2009.

Vor 1999 gab es in Deutschland kein Massaker von Minderjährigen an Schulen. Der zeitliche Zusammenhang zwischen dem Beginn von Angriffskriegen der Bundeswehr und dem Beginn von Schulmassakern, begangen von Jugendlichen, ist zumindest auffällig. Auffällig ist in diesem Zusammenhang auch, dass in den USA schon seit Jahren derartige Gewaltexzesse immer wieder stattfinden. Die USA ist allemal dafür bekannt, ihre Interessen mit äußerster Gewalt und Rücksichtslosigkeit weltweit in Form von Kriegen durchzusetzen. Offenbar entfaltet die Politik doch stärkere Vorbildwirkung auf Jugendliche als wir es bisher für möglich hielten.

Die von der Politik argumentierte hauptsächliche Schuld von Computerspielen erscheint in diesem Zusammenhang als hilflose Schutzbehauptung für die eigene, verheerende Vorbildwirkung. Unstrittig sollten Gewalt verherrlichende Spiele zensiert werden. Derartige Spiele gab es aber auch schon vor 1999.

Unsere Kinder werden nur dann eine überlebensfähige Gesellschaft gestalten können, wenn sie unsere Unfähigkeit zu einem solidarischen Miteinander überwinden und die Konkurrenz und den Kampf um Ressourcen ersetzen durch ein mitfühlendes Teilen. Unsere Gier nach immer Mehr von unsinnigem Überfluss wird ersetzt werden müssen durch eine Beschränkung auf das persönlich Notwendige, welches nur so bemessen sein kann, dass es für alle reicht. In einer überlebensfähigen Gesellschaft kann es keinen Platz für eine Armee geben, deren Auftrag es ist unrechte Wirtschaftsstrukturen gewaltsam aufrecht zu erhalten.

Solange auch nur der Ansatz eines Verdachts auf einen möglichen Zusammenhang zwischen der neuen gewalttätigen Politik und der neuen Gewalt an unseren Schulen fortbesteht, ist die Anwesenheit von Bundeswehrangehörigen im Dienst an unseren Schulen nicht hinnehmbar.

Wir dürfen nicht zulassen, dass unseren Kindern ein großer Teil des Problems als Lösung vorgegaukelt wird!

Ein weiteres Problem besteht in der Abwerbung künftiger Fachkräfte. Schon jetzt klagen zahlreiche Unternehmen über einen sich verstärkenden Fachkräftemangel. Besonders betroffen davon sind Firmen, die sich in strukturschwachen Gebieten angesiedelt haben. Genau in derartigen Gegenden stellt sich die Bundeswehr gern als wichtige „Arbeitgeberin“ dar. Die Jugendlichen, die den Werbungen der Bundeswehr erliegen und für die Bundeswehr „mit Gehalt studieren“, fehlen dann den Firmen zusätzlich und bluten die ohnehin geschwächten Regionen weiter aus. Auch hier stellt sich bei genauerer Betrachtung heraus, dass die Bundeswehr keineswegs an Lösungen der Probleme mitarbeitet, sondern auch hier als gewichtiger Teil dieses Problems die Situation verschärft.

Die Bundeswehr gehört nicht in die Schulen sondern als erster Schritt wieder auf eine dem Grundgesetz entsprechende Verteidigungsarmee zurück gestutzt. Dies würde allen Beteiligten und besonders der Bundeswehr selbst und ihrem Ansehen gut tun. Die jetzige Bundeswehr agiert außerhalb unseres rechtlichen Rahmens und besitzt in ihrer momentanen Form weder eine Legitimation noch eine Existenzberechtigung.

*Malte Fröhlich*